

<b>ANFRAGE</b>  Stadträtin Dr. Ute Leidig (GRÜNE) Stadträtin Tanja Kluth (GRÜNE) Stadträtin Dr. Dorothea Polle-Holl (GRÜNE)  vom 27. März 2012	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>34. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>24.04.2012</b> <b>1065</b> <b>20</b>  <b>öffentlich</b>
<b>Verfahrensstand eines Internet-Portals zur Anmeldung für Kinderbetreuungsplätze</b>		

1. Welchen Stand hat das von der Verwaltung angekündigte Internet-Portal zur Anmeldung für Kinderbetreuungsplätze und wie ist die weitere zeitliche Planung?
2. Welcher Kostenrahmen ist für das Projekt derzeit veranschlagt?
3. Wer ist innerhalb der Stadtverwaltung verantwortlich für dieses Projekt und womit begründet sich die Verantwortlichkeit sachlich?
4. Für welche Zielgruppen ist das Portal geplant (Kinder unter 3 Jahren, Kinder über 3 Jahren/Kinder in Kernzeitbetreuung/Kinder im Schülerhort) sowie für welche Trägergruppen (städtische Einrichtungen, freie Träger, Betriebseinrichtungen)?
5. Welche Servicefunktionen wird das Portal aufweisen?
6. Wie soll in dem System sichergestellt werden, dass die Priorisierung der Eltern bezüglich der Einrichtungen berücksichtigt wird?

#### **Sachverhalt/Begründung:**

Es ist für Eltern in Karlsruhe schwierig, einen geeigneten Betreuungsplatz für ihre Kinder zu finden. Trotz großer Bemühungen seitens der Stadt wird wahrscheinlich auch in naher Zukunft keine ausreichende Anzahl an Betreuungsplätzen zur Verfügung stehen.

Ein schon länger angekündigtes Internet-Portal zur Anmeldung für Betreuungsplätze steht nach wie vor aus. Dabei würde ein solches System auf der einen Seite den Eltern Informationen über Leistungen der Einrichtungen verfügbar und vergleichbar machen sowie die Planungssicherheit der Eltern erhöhen. Auf der anderen Seite würden die Träger der Einrichtungen über aktuelle Daten verfügen und könnten somit ihre Bedarfsplanung verbessern und durch die Vermeidung von Mehrfachanmeldungen Kosten senken.

Wichtig ist jedoch, dass durch den Aufbau des Anmeldeportales die Priorisierung der Eltern für bestimmte Einrichtungen berücksichtigt wird.

In Anbetracht der dringlichen Lage von Eltern, die in die Berufstätigkeit zurückkehren wollen/müssen, ist nun auch auf Seiten der Stadt Dringlichkeit geboten. Durch die Anfrage will die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion den Entwicklungsstand in dieser Angelegenheit offen legen und zur Beschleunigung der Entwicklung beitragen.

unterzeichnet von:

Dr. Ute Leidig

Tanja Kluth

Dr. Dorothea Polle-Holl

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

13. April 2012